



Jetzt unterschreiben!

Unser Strom.
Unser Netz.
Für Berlin.

DIE LINKE.

2 - Harald Wolf:

„Öffentlich, weil es besser ist!“

3 - Stefan Taschner:

„Die Energiewende voranbringen!“

4 - Dora Heyenn:

Auch Hamburg kämpft um Rekommunalisierung.

7 - Katrin Kunert:

„Erneuerbar und dezentral ist die Zukunft!“

Schlaglichter:

Monopolisten halten Strompreise hoch

Schon 2006 befand Harald Wolf, damals Wirtschaftssenator in Berlin, dass die Strompreise zu hoch sind. Er beschrieb, wie bundesweit die regionalen Monopolisten RWE, E.on, EnBW und Vattenfall satte Gewinne einfahren. Zum einen handeln sie ihren hergestellten Strom an der Börse. Zum anderen verdienen sie noch einmal mit ihren Tochterunternehmen, denen die Netze gehören und die den Strom zu den Verbrauchern durchleiten. Harald Wolf genehmigte damals die hohen Preise von Vattenfall nicht. Und er forderte: Bei den Netzen müssen auch andere Anbieter zum Zug kommen, damit für die Verbraucherinnen und Verbraucher die Preise sinken.

Forderung nach sauberer Lösung

Im Abgeordnetenhaus gibt es seit Jahren heftige Debatten zu den Strompreisen. So machten am 10. Mai 2007 die Grünen deutlich, dass sie die Netze ausschreiben und von der Stromerzeugung trennen wollen. Für die Linksfraktion eine Scheinlösung. Denn nichts ändert sich, nur weil die Netze in andere private Hände gelangen. Unsere Forderung schon damals: Die Netze in kommunales Eigentum überführen, damit alle Stromhersteller die Infrastruktur zu den gleichen Konditionen nutzen können, die Netze intelligent umgebaut werden und Strom bezahlbar bleibt.

Berliner mehrheitlich für Berliner Stadtwerk

Eine Umfrage von infratest dimap ergab bereits im April 2011, dass 69 Prozent aller Berlinerinnen und Berliner es gut fänden, wenn es in der Stadt einen landeseigenen Stromversorger gäbe. Nur 17 Prozent der Bevölkerung lehnten dies ab. 50 Prozent würden dabei zu einem solchen Unternehmen wechseln, wenn der Strompreis gleich bliebe oder niedriger wäre, 30 Prozent wären sogar zum Wechsel bereit, wenn der Strom teurer würde.

Unser Strom. Unser Netz. Für Berlin.

Meine Unterschrift für ein
Berliner Stadtwerk und eine
Berliner Netzgesellschaft

Harald Wolf ist Sprecher für Energiepolitik und ökologischen Umbau der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und war von 2002 bis 2011 Senator für Wirtschaft in Berlin. Foto: Berliner Energieagentur GmbH

Überall in Berlin werden jetzt Unterschriften für das Volksbegehren „Energietisch“ gesammelt. Auch ich habe unterschrieben, weil ich dafür eintrete, dass ein Stadtwerk gegründet wird und unser Strom künftig durch kommunale Netze fließt. Solange private Betreiber damit Rendite machen, werden die Strompreise weiter steigen. Solange große Unternehmen wie Vattenfall die Netze besitzen, wird es keine Wende zu einer dezentralen und umweltverträglichen Energieversorgung geben. Das ist kein Naturgesetz. Berliner Politik kann das ändern.

Es kommt da nicht von ungefähr, dass DIE LINKE Berlin das vom „Energietisch“ vorgelegte „Gesetz für die demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung in Berlin (EnergieVG)“ unterstützt. Hier findet sich wieder, woran wir in den letzten Jahren gearbeitet haben und was mir auch als Wirtschaftssenator Berlins wichtig war. Ich erinnere mich, wie wir bereits auf dem Landesparteitag 2009 intensiv über den Aufbau eines kommunalen Energieversorgers in Berlin diskutiert haben. Nun, da bestehende Verträge für die Berliner Versorgungsnetze auslaufen (Gas Ende 2013, Strom und Fernwärme Ende 2014), wollen wir die Chance nutzen. Wir wollen in der Stadt Mehrheiten dafür gewinnen, dass

Berlin diese Netze als Kommune wieder selbst betreibt. Es war ein großer Fehler der schwarz-roten Koalition im Jahr 1997, die Mehrheitsanteile am kommunalen Stromversorger BEWAG zu verkaufen. Private Stromkonzerne haben das vorrangige Interesse, möglichst viel Strom aus ihren Großkraftwerken abzusetzen. Wer aber weniger CO2 und keine Atomenergie will, muss schnell umsteuern können, hin zu erneuerbaren Energieträgern, und er muss auf dezentrale Stromerzeugung setzen. In unserer Regierungszeit haben wir nicht nur die Gründung eines Berliner Stadtwerks (Berlin Energie) vorbereitet, sondern auch bewerten lassen, was das Berliner Strom- und Fernwärmenetz wert ist. Diese Bewertung ist öffentlich zugänglich. Sie ist ein gutes Argument in der Debatte mit all denen, die meinen, Berlin könne sich die Rekommunalisierung der Netze gar nicht leisten. Die rot-schwarze Koalition legt bei Strom und Netzen die Hände in den Schoß. Wir wollen das Volksbegehren zum Erfolg zu führen. Damit unsere Energieversorgung in Berlin sozialer, ökologischer und demokratischer wird.

Harald Wolf,
Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin

In unserem Stadtwerk:

- sollen sieben der 15 Verwaltungsratsmitglieder direkt von den Berlinerinnen und Berlinern und den Kunden gewählt werden, sechs Vertreter entsenden die Beschäftigten und zwei der Senat. Alle Verwaltungsratssitzungen sind öffentlich. Die Vorschläge der regelmäßigen Bürgerversammlungen sind vom Verwaltungsrat zu behandeln.
- ist die Vermeidung von Energiearmut festgeschrieben. Energieberatung wird zur Pflichtaufgabe, die Anschaffung energiesparender Geräte wird unterstützt, und die Diskussion über Sozialtarife werden wir weiter führen.
- wird Strom vollständig aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das soll CO2-neutral geschehen, der Vertrieb von Kohle- und Atomstrom ausgeschlossen sein.

Wir meinen es ernst mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, mit der dezentralen regionalen Stromerzeugung, mit Energieeinsparung, mit bezahlbarer Energieversorgung für alle und mit der demokratischen Verfügung über Energienetze und Energieerzeugung. Deshalb setzt sich die Berliner LINKE für ein Berliner Stadtwerk und eine Berliner Netzgesellschaft ein.

Sozialer Aspekt ist so wichtig wie der ökologische

Interview mit Dr. Stefan Taschner

Was ist das grundsätzliche Anliegen des Berliner Energietisches?

Wir wollen die Energiewende in Berlin endlich voranbringen. Mit unserem Volksbegehren sollen die Stromnetze zurückgeholt und eigene Stadtwerke gegründet werden. Erst dann wird eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung Berlins möglich.

Ist der Ruf nach Rekommunalisierung ein Zeitgeistphänomen – oder Notwendigkeit?

Es gibt definitiv einen bundesweiten Trend, dass Kommunen die Energieversorgung wieder in die eigene Hand nehmen. Kommunen engagieren sich dabei viel stärker.

Wie soll der angestrebte Rückkauf der Netze finanziert werden – bei der Berliner Schuldenlast?

Trotz Schuldenlast lässt sich der Rückkauf finanzieren und führt langfristig sogar zu sicheren Einnahmen. Ein Finanzierungsmodell wäre die Aufnahme von Kommunalkrediten zu etwa 4% Zinsen. Bei einer Rendite von derzeit 7% aus dem Netzbetrieb lässt sich dieser gut bedienen.

Welche Vorteile hätte ein Berliner Stadtwerk für Berlinerinnen und Berliner? Lässt sich der Berliner für diese Idee begeistern?

Die Energieversorgung in der Hand großer Konzerne orientiert sich mehr an deren Profitinteressen und weniger am Interesse der Bevölkerung. Es wird immer klarer, dass die Berliner die Daseinsvorsorge nicht in privater Hand sehen wollen. Unser Berliner Stadtwerk stellt die Interessen der Berliner in den Mittelpunkt. Das kommt gut an. Unsere Unterschriftensammler berichteten von durchweg positiven Reaktionen.

Kann mit dem Wunsch nach 100% Ökostrom auch preiswerter Strom angeboten werden – z.B. für finanzschwache Familien?

Der soziale Aspekt ist uns genauso wichtig wie der ökologische. Mit einer ernstgemeinten Energieberatung durch die Stadtwerke selbst wollen wir dafür sorgen, dass die Energierechnung für den Einzelnen niedriger ausfallen kann. Auch wollen wir aktiv der steigenden Energiearmut entgegenreten.

Als Vorbild für den Berliner Energietisch werden ähnliche Vorhaben aus Hamburg oder gelungene



Dr. Stefan Taschner ist Mitglied beim Bürgerbegehren Klimaschutz und einer der Sprecher des Berliner Energietischs. Foto: Stefan Taschner

Umsetzungen wie in Schönau im Schwarzwald bemüht. Lassen sich 2.400 Einwohner in Schönau mit dem Energiebedarf einer Industrie- und Millionenstadt wie Berlin vergleichen?

Wir schauen dabei auch auf München. Dort werden die kommunalen Stadtwerke bis 2015 alle Haushalte mit Ökostrom versorgen. Aber auch in Hamburg oder Stuttgart gibt es vielversprechende Ansätze.

Der Energietisch in Berlin ist ein großes außerparlamentarisches Bündnis, zur Umsetzung bedarf es dann doch des Parlamentes. Wie groß sind Berührungspunkte? Gibt es sie überhaupt?

Berührungspunkte haben wir keine. Wir stehen in einem sehr guten Kontakt mit den Oppositionsparteien, die uns auch alle unterstützen. Aber auch mit den Fraktionen der Regierung tauschen wir uns aus.

Über die Unterschrift hinaus – was kann ich, was kann jeder Einzelne zum Erfolg beitragen?

Er kann seine Freunde, Bekannten oder Nachbarn zum Mitmachen und zum Unterschreiben motivieren. Auch freuen wir uns über jeden, der eine „Kiezpatenschaft“ übernehmen will, d.h. er schaut, dass bei sich in seiner Umgebung z.B. in Bioläden Unterschriftenlisten ausliegen und sammelt diese ein. Auch Orte, an denen man Unterschriftenlisten abholen und zurückgeben kann, sind immer willkommen.

Wie bleiben nach einem Erfolg Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten?

Uns sind die demokratische Kontrolle und die Mitwirkungsmöglichkeiten sehr wichtig. Neben weitgehenden Transparenzvorschriften sind im Gesetzentwurf auch zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten für alle Berliner vorgesehen, die über die bekannte parlamentarische Kontrolle landeseigener Betriebe weit hinausgehen.

Wie kommt es zu einem Volksentscheid?

Die Verfassung von Berlin lässt es zu, dass Gesetze nicht nur im Abgeordnetenhaus beschlossen, sondern auch auf dem Wege der direkten Demokratie per Volksentscheid verabschiedet werden können. Damit es zu einem Volksentscheid kommt, muss zuvor ein mehrstufiges Verfahren durchlaufen werden.

1. Stufe: Antrag auf ein Volksbegehren

Für einen erfolgreichen Antrag auf die Einleitung eines Volksbegehrens werden mindestens 20.000 gültige Unterschriften der zum Abgeordnetenhaus wahlberechtigten Berliner Bürgerinnen und Bürger benötigt. Wahlberechtigt ist, wer im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, mindestens 18 Jahre alt und seit mindestens drei Monaten in Berlin mit Erstwohnsitz angemeldet ist. Die Unterschriften müssen in einem Zeitraum von maximal sechs Monaten gesammelt worden sein.

2. Stufe: Volksbegehren:

Bei Zulässigkeit des Antrags kann das Abgeordnetenhaus innerhalb von vier Monaten das Anliegen übernehmen. Tut es das nicht, kann innerhalb eines Monats ein Volksbegehren beantragt werden. Für ein erfolgreiches Volksbegehren müssen in einem Zeitraum von maximal vier Monaten Unterschriften von mindestens sieben Prozent aller Berliner Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden. Das sind aktuell etwa 172.000 Unterschriften.

3. Stufe: Volksentscheid:

Danach kann das Abgeordnetenhaus erneut entscheiden, ob es dem Gesetz zustimmen will. Im Falle einer Ablehnung muss innerhalb von vier Monaten ein Volksentscheid stattfinden. Der Antrag ist durch Volksentscheid angenommen, wenn ihm die Mehrheit aller Abstimmenden und zugleich mindestens 25 Prozent der Berlinerinnen und Berliner zustimmen. Um diese hohe Zustimmungshürde zu überwinden, wird eine Koppelung des Volksentscheids mit der Bundestagswahl 2013 angestrebt.

Interview: Daniel Bartsch

Was kostet die Übernahme des Berliner Stromnetzes?

Der Berliner Energietisch geht von einem Kaufpreis von etwa 400 Mio. Euro aus. Dieser Betrag ergibt sich aus einem Gutachten, das die Senatsverwaltung für Wirtschaft, damals noch unter Leitung des LINKEN-Senators Harald Wolf, 2011 in Auftrag gegeben hat. Dort wird das Stromnetz nach dem Ertragswertverfahren auf maximal 370 Mio. Euro geschätzt. Offiziell legt der rot-schwarze Senat jetzt einen Sachzeitwert von 3 Mrd. Euro zu Grunde. Nach eigenen Aussagen hat man jedoch keine eigenen Berechnungen angestellt, sondern lediglich bei Vattenfall nachgefragt. Sollte der Sachzeitwert zur Kaufpreisfindung herangezogen werden, darf dieser sich nicht erheblich vom Ertragswert unterscheiden. Er darf nur um etwa 10 Prozent höher liegen als der Ertragswert.

Woher kommt das Geld für den Netzkauf?

Eine Finanzierung kann über günstige Kommunalkredite bewerkstelligt werden. Die aufgenommenen Schulden lassen sich über die Gewinne tilgen. Diese sind beim Netzbetrieb zwar reguliert, aber gesichert. Mit dem Ende der Schuldentilgung verbleiben dann 100 Prozent der Gewinne beim Land Berlin, die dann vollständig in die ökologisch und sozial gestaltete Energiewende fließen können. Zu beachten ist auch, dass die neuen Schulden ja nicht zur Deckung laufender Ausgaben gemacht werden, sondern dadurch neues kommunales Vermögen gebildet wird.

Gibt es ein wirtschaftliches Risiko?

Das wirtschaftliche Risiko bei einer Rekommunalisierung der Netze ist ausgesprochen gering. Die Berliner Energienetze sind gegenwärtig für Vattenfall eine attraktive Gewinnquelle. Auch wenn die Renditen von der Bundesnetzagentur begrenzt sind, so sind sie doch gesichert. Durch die Übernahme der Netze werden diese Renditen dem Gemeinwohl wieder zur Verfügung stehen.

SPD versucht in Hamburg Rekommunalisierung der Netze zu verhindern

Die Konzessionsverträge für die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze laufen in Hamburg spätestens 2014 aus. Dadurch wurde die Frage aufgeworfen, wie in Zukunft damit verfahren werden sollte. Die Idee der Rekommunalisierung wurde breit in der Stadt diskutiert und noch unter Schwarz-Grün bildete sich die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ – ein breites Bündnis von Attac, BUND, der evangelischen Kirche, der Verbraucherzentrale und Initiativen. Das Volksbegehren war erfolgreich, jetzt steht der Volksentscheid an und der soll parallel zur Bundestagswahl stattfinden. Der Text lautet: „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“

Die neue SPD-Regierung hat bereits vor dem Volksbegehren geheime Gespräche mit E.ON und Vattenfall geführt. Obwohl der Bundesvorstand der SPD zum gleichen Zeitpunkt beschloss: „Die Energiewende gelingt nur von unten. Wir werden dafür sorgen, dass die Monopole der vier großen Energieversorgungsunternehmen beendet werden“, drückte Olaf Scholz sein Bündnis mit E.ON und Vattenfall von oben durch. Eine Feststellungsklage der Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung gegen Vattenfall wurde zurückgezogen. Das war nach Aussage eines Behördenvertreters in einer Öffentlichen Anhörung die Bedingung von Vattenfall für Verhandlungen. Der Senat forderte aber nicht, dass Vattenfall seine Klage vor dem internationalen Schiedsgericht in Chicago gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs zurückzieht. Schlecht verhandelt, wie eigentlich der ganze Deal zum Vorteil der Energiekonzerne und zum Nachteil für die Hamburgerinnen und Hamburger ist. Anstatt die Verfügungs- und Gestaltungshoheit an den Netzen für die Stadt wieder zurückzuholen, will Olaf Scholz die Stadt vertraglich an drei Unternehmen beteiligen, die durch intensive Dienstleistungsbeziehungen mit den beiden Energiekonzernen verflochten sind. Die neun Verträge wurden zur Geheimsache und die Gutachten zur Kaufpreisermittlung zur Supergeheimsache erklärt.



Dora Heyenn, Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft Foto: Linksfraktion Hamburg

Einen Tag nach Abschluss der Haushaltsdebatte stellte Bürgermeister Scholz Arm in Arm mit Vattenfall und E.ON den „Teilrückkauf“ der Netze für Strom, Gas und Fernwärme für den Preis von 543,5 Mio. Euro vor. Von Rückkauf kann überhaupt keine Rede sein, es ist eine Finanzspritze für die Energiekonzerne und eine Absicherung ihrer Monopolstellung. Die Einflussnahme auf die Geschäftspolitik ist mit 25,1% verschwindend gering. Am 18. April will Scholz mit seiner absoluten Mehrheit sein Vertragspaket der „strategischen Mehrheit“ in der Bürgerschaft durchpeitschen, obwohl ein Volksentscheid zur 100%igen Rekommunalisierung der Netze noch aussteht.

Die Fraktion DIE LINKE hat jetzt ein Prüfungsersuchen an den Landesrechnungshof hinsichtlich des umstrittenen Vertragswerks erfolgreich durch die Bürgerschaft gebracht.

Grundlage war eine Anhörung, in der drei von fünf Experten der Bürgerschaft empfahlen, diesen Verträgen auf keinen Fall zuzustimmen. Skeptisch wurde die Aussage des Senats gesehen, dass im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids 2013 die Rückabwicklung lediglich durch Rückzahlung des Kaufpreises erledigt werden kann. Auch wenn die SPD jetzt Fakten schafft, wir werden nicht locker lassen und alles tun, damit der Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Netze erfolgreich sein wird.

Dora Heyenn,
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft



Foto: Linksfraktion Hamburg

Volksbegehren Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial Für die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung

Unterschriftsliste zum Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens

Trägerin des Antrags:
Berliner Energietisch
c/o BürgerBegehren Klimaschutz e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Telefon: 030 – 24 35 78 03
info@berliner-energietisch.net
www.berliner-energietisch.net

Die ausgefüllten Listen
bitte spätestens bis
zum 25.06. an die
nebenstehende
Adresse schicken!

Wesentlicher Inhalt:

- Errichtung von Stadtwerken als Anstalt öffentlichen Rechts um Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen und Energieeinsparmöglichkeiten zu nutzen
- Errichtung einer Netzgesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts mit dem Ziel die Stromnetze zum 01.01.2015 zu übernehmen
- Entgegenwirken von Energiearmut
- Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten durch Direktwahl des Verwaltungsrats, Initiativrecht und Versammlungen
(Weitere Erläuterungen auf der Rückseite)

Unterstützungsunterschrift

Wichtiger Hinweis:

Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d.h. alle Deutschen, die mindestens 18 Jahre alt, mindestens seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung im Melderegister verzeichnet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Unleserliche, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterstützung ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten.

Diese Unterschriftsliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

Ich unterstütze das Volksbegehren.

Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

¹ Durch das Ankreuzen dieses Feldes willigen Sie ein, weitere Informationen zum Volksbegehren zu erhalten. Zu diesem Zweck verbleiben die Daten bis zum Abschluss des Volksbegehrens bei der Trägerin und werden nicht an Dritte weitergegeben.

Kostenschätzung der Trägerin (02/12): Nach einem Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen vom 8.9.11 wird der Ertragswert für das Stromnetz auf ca. 370 Mio. € geschätzt. Daraus ergibt sich ein Kaufpreis von etwa 400 Mio. €. Laut einem BGH-Urteil von 1999 ist der Sachzeitwert nur dann zulässig, wenn er den Ertragswert nicht erheblich übersteigt, in der Regel nicht mehr als 10%. Der Kaufpreis refinanziert sich langfristig über die sicheren Erlöse aus dem Netzbetrieb.

Kostenschätzung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung (02/12): Es ist davon auszugehen, dass der Sachzeitwert des Netzes ca. 3 Mrd. Euro beträgt. Da Netzübernahmen jedoch üblicherweise zu Preisen unter dem Sachzeitwert erfolgen, kann der Wert des Netzes daher zwischen 2 und 3 Mrd. Euro geschätzt werden.

Nr.	Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum	Anschrift	Im Melderegister verzeichnete alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschrift	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Weiter informieren ¹	* Ja	* Nein
1							<input type="checkbox"/>		
2							<input type="checkbox"/>		
3							<input type="checkbox"/>		
4							<input type="checkbox"/>		
5							<input type="checkbox"/>		

* Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen! **Amtliche Bescheinigung:** Bezirksamt _____ von Berlin – Bezirkswahlamt –
Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin Nr. ist nicht unterschriftsberechtigt, weil _____

Begründung in Kurzform

Dienstsiegel

Im Auftrag _____

Sieben gute Gründe für eine kommunale Energieversorgung



- 1 Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand**
Die Energieversorgung zählt zur Daseinsvorsorge der Bevölkerung. In der Hand großer Konzerne orientiert sich Ihre Ausgestaltung mehr an deren Profitinteressen und weniger am Interesse der BerlinerInnen.
- 2 100 Prozent ökologische Energie**
Die Zeiten von Kohle und Atomstrom sind vorbei! Die Berliner Stadtwerke setzen auf dezentrale, erneuerbare Energieanlagen in der Region Berlin-Brandenburg. Ziel ist Berlin mit 100 Prozent echten Ökostrom zu versorgen.
- 3 Erwirtschaftetes Geld bleibt in Berlin**
Der Rückkauf der Netze lohnt sich! Berlin profitiert langfristig von den sicheren Einnahmen. Und das erwirtschaftete Geld bleibt in unserer Region, statt in die Konzernzentrale von Vattenfall zu fließen.
- 4 Energieversorgung demokratisch mitgestalten**
Die BürgerInnen Berlins sollen sich an der Gestaltung ihrer Energieversorgung beteiligen können. Neben der Direktwahl von Teilen des Verwaltungsrates sind weitgehende Mitbestimmungsrechte wie z. B. ein Initiativrecht vorgesehen.
- 5 Energieverbrauch senken**
Energieeinsparungen und -effizienz leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Berlineigene Stadtwerke unterstützen dies gezielt und sorgen so für eine niedrigere Energierechnung.
- 6 Energiewende sozial gestalten**
Unsere Stadtwerke sorgen für eine sozialverträgliche Energiewende. Einkommensschwache Haushalte werden gezielt beraten sowie die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte gefördert. Auch die energetische Gebäudesanierung muss sozialen Belangen genügen.
- 7 Transparenz statt Geheimverträge**
Für Stadtwerke und Netzgesellschaft gelten klare Transparenzvorgaben. Wichtige Unterlagen werden im Internet veröffentlicht. Alle erhalten Einblick in die Geschäftspolitik, so dass z. B. die Preisbildung von Stromtarifen nachvollziehbar wird.

Den Gesetzentwurf des Volksbegehrens und die Begründung sowie weitere Informationen zur Kampagne finden Sie unter www.berliner-energietisch.net.

Bürgerinnen und Bürger wollen öffentliche Unternehmen für öffentliche Aufgaben

Laut einer Umfrage können nur 2 bis 3 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit dem Begriff „Daseinsvorsorge“ etwas anfangen. Wie hoch würde der Anteil der Bevölkerung ausfallen, wenn man sie nach dem Begriff „Rekommunalisierung“ fragen würde? Die Frage wurde noch nicht gestellt und so bleibt die Antwort im Bereich des Spekulativen. Fragt man aber, ob Bürgerinnen und Bürger wollen, dass öffentliche Versorgungsleistungen – wie Energie, Wasser- und Abwasser, Abfall – weiter privatisiert werden oder lieber in öffentlicher Hand bleiben sollen, fällt die Antwort heute zugunsten des Öffentlichen aus. Sie haben schlechte Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht, wie eine jährliche Umfrage des Deutschen Beamtenbundes zeigt. Höhere Preise und Gebühren, schlechterer Service, weniger demokratische Kontrolle, prekäre Arbeitsverhältnisse und geringere Einnahmen für die kommunalen Haushalte – das ist in vielen Orten die Realität.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn Bürgerinnen und Bürger sich auf den Weg machen und nicht nur fordern, dass Privatisierungen wieder rückgängig gemacht werden. Privatisierte öffentliche Unternehmen sollen wieder öffentlich – also „rekommunalisiert“ – werden. Sie legen sogar selbst Hand an und gründen ihr eigenes Unternehmen, so geschehen in Schönau, einer Gemeinde mit ca. 2.400 Einwohner/innen im Schwarzwald. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) sind aus einer Bürgerinitiative hervorgegangen und die „Stromrebell“ – wie man sie nannte – haben auch das Energienetz gekauft. Diese Beispiel macht nun Schule.

Erneuerbar und dezentral – darin liegt die Zukunft nicht nur der Energieversorgung, aber hier ganz aktuell. Fukushima hat die Diskussion über einen baldigen Ausstieg aus der Atomenergie beflügelt und damit auch die Debatte um die Zukunft der Energieversorgung und -erzeugung.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht mehr von großen und auf Atomenergie setzenden Energieko-



Katrin Kunert,
kommunalpolitische
Sprecherin der
Bundestagsfraktion
DIE LINKE
Foto: Katrin Kunert

nzernen diktieren lassen, welchen Strom sie zu nehmen und welchen Preis sie zu zahlen haben. Auch wenn Privatisierungen in einigen Kommunen noch auf der Tagesordnung stehen, „Rekommunalisierung“ gewinnt an Fahrt. Damit der Zug nicht auf halber Strecke stehen bleibt, müssen jetzt Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Die Preise für den Rückkauf von Netzen müssen für Städte, Gemeinden und Landkreise erschwinglich sein. Informationen über Netze und private Unternehmen, die wieder in öffentliche Hand sollen, müssen offengelegt werden. Bisher stellen sich die Konzerne quer. Informationsrechte für Bürgerinnen und Bürger müssen erweitert werden, damit sie die Kontrolle über öffentliche Unternehmen dauerhaft und wirkungsvoll ausüben können.

Nur so kann ein Zurück zu alten Zuständen des Öffentlichen verhindert werden. Ämterpatronage, Korruption und Intransparenz müssen der Vergangenheit angehören. Bürgerinnen und Bürger brauchen ein Mitspracherecht bei der Art und Weise der Erzeugung und der Verteilung von Energie. Sie sollen wissen, wie sich Energiepreise zusammensetzen und wem die Gewinne der öffentlichen Unternehmen zugute kommen. „Rekommunalisierung“ hat Konjunktur nicht nur im Bereich Energie. Kommunen kaufen die Abfallentsorgung, Wasserbetriebe, Wohnungen und Krankenhäuser zurück. Noch sind es nur ca. 100 Städte. Es würden mehr werden, wenn Städte, Gemeinden und Landkreise mehr Geld für ihre Aufgaben haben würden. Aber selbst klamme Kommunen kaufen zurück. Der Grund: mehr Einfluss auf die Daseinsvorsorge.

Katrin Kunert,
Mitglied des Bundestags

Energiewende mit Vattenfall?

Der Vattenfall-Konzern setzt bei der Energieerzeugung strategisch weiterhin auf große, zentrale Kraftwerke. Dabei spielt die besonders klimaschädliche Stromgewinnung aus Braunkohle eine wichtige Rolle. Hierfür sollen auch in Zukunft ganze Dörfer den Profitinteressen Vattenfalls weichen. Zudem verklagt der schwedische Energiekonzern, der in Deutschland am Kernkraftwerk Brokdorf beteiligt ist, die Bundesrepublik aufgrund des Atomausstiegs vor der Weltbank.

Die Erzeugung erneuerbarer Energien in Berlin und der Region Brandenburg muss dagegen stark dezentral organisiert sein. Um die Energie aus vielen kleineren Anlagen einzuspeisen, benötigt man zukunftsfähige Netze, die das ermöglichen. Vattenfall hat aufgrund seiner Erzeugerstruktur an diesem Netz-Umbau kein Interesse und wird ihn daher auch nicht vorantreiben. Vielmehr ist zu befürchten, dass im Interesse der eigenen Absatzmöglichkeiten der Zugang zu den Netzen für kleine Stromerzeuger schwierig bleibt.

Vattenfall ist als Aktiengesellschaft dem Wohl seiner Aktionäre verpflichtet. Gemeinwohlinteressen spielen deshalb keine Rolle. Ein Berliner Stadtwerk hat hingegen die Interessen der Berlinerinnen und Berliner im Auge. Dazu gehören auch sozial schwächere Haushalte, die auf eine niedrige Energiekostenrechnung angewiesen sind. Das kommunale Stadtwerk soll hier unterstützen und helfen. Die Gewinne eines öffentlichen Stadtwerks und einer Netzgesellschaft verbleiben zudem in der Region und können für die ökologische Modernisierung verwendet werden.

Als Aktiengesellschaft unterliegt Vattenfall keiner demokratischen Kontrolle. Wir wollen aber, dass die Berlinerinnen und Berliner mitbestimmen, wie die Energieversorgung der Zukunft aussieht. Dazu brauchen sie Mitspracherechte und Einblick in die Ziele des Unternehmens.

Fakten – Bereich Energieversorgung

- von 2007 bis 2011 wurden 55 neue Stadtwerke gegründet
- von 2007 bis 2011 haben kommunale Unternehmen mehr als 170 Konzessionen übernommen

Quelle:

www.vku.de/energie/unternehmensstrategien/rekommunalisierung/informationsplattform-rekommunalisierung.html

Materialstationen des Berliner Energietischs

Hier können Sie bis zum 25. Juni 2012 ausgefüllte Unterschriftenlisten abgeben und Infomaterial oder frische Unterschriftenlisten abholen. (Stand: 29.3. 2012 – weitere Materialstationen finden Sie unter www.berliner-energietisch.net/materialstationen)

buergerstadtwerk.die-linke-berlin.de



Werdet Kiezpaten & unterstützt den „Berliner Energietisch“!

Ihr kennt Eure Nachbarschaft gut und könnt Unterschriftenlisten z. B. in Läden, Cafés oder einem Programm kino in der Nähe auslegen? Ihr habt ein wenig Zeit und könnt vielleicht andere begeistern mitzumachen? Dann seid Ihr die idealen Kiezpaten!

Zu einer Patenschaft gehört nicht viel Aufwand. Einfach den Hut für den eigenen Kiez aufsetzen, Listen auslegen, diese regelmäßig einsammeln und an den „Berliner Energietisch“ schicken oder bei einer der Materialstationen abgeben.

Falls Ihr eine Kiezpatenschaft übernehmen wollt, meldet euch beim Berliner Energietisch. Dort bekommt ihr Unterstützung, die notwendigen Materialien und weitere Informationen. www.berliner-energietisch.net - Tel. 24 35 78 03 - Mail: rode@berliner-energietisch.net.

Mitte

DIE LINKE – KIZ im Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Mo.-Fr. 10–18 Uhr

Linkstreif Wedding
Malplaquetastr. 12, 13347 Berlin
Mo.-Fr. 16:30–18:30 Uhr

Pankow

BürgerBegehren Klimaschutz

(Kampagnenbüro)
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Mo.-Fr. 10:00–16:00 Uhr

DIE LINKE – Pankow

Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Mo.-Fr. 10:00–17:00 Uhr

Friedrichshain-Kreuzberg

attac Treff

Grünberger Str. 24, 10243 Berlin
Mo.-Do. 17:00–19:00 Uhr (nicht am 3.
Dienstag im Monat)

NaturFreunde Deutschlands e.V.

Eingang über Fahrstuhl hinterer Durchgang, 2. OG
Warschauer Straße 58 a, 10243 Berlin
Mo.-Fr. 11:00–18:00 Uhr

DIE LINKE – Friedrichshain-Kreuzberg

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Mo.: 13–18 Uhr, Di. und Do.: 10–18 Uhr und
Fr.: 9–13 Uhr

Tempelhof-Schöneberg

BUND – Landesverband Berlin

Crellestraße 35, 10827 Berlin
Mo., Di. und Do.: 10–13 Uhr und 14–17 Uhr
Mi. und Fr.: 10–13 Uhr

DIE LINKE – Tempelhof-Schöneberg

Feurigstraße 68, 10827 Berlin
Mo., Di. und Do.: 11:00–18:00 Uhr,
Fr.: 11:00–15:00 Uhr.

Neukölln

PiratenPartei Berlin

Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Mo.-Fr. 10–14 Uhr (oft länger)

DIE LINKE – Neukölln

Richardplatz 16, 12055 Berlin
Mo., Di.: 10–16 Uhr
Do.: 14–18 Uhr
Di., Mi. und Do.: 16:30–18:30 Uhr

Reinickendorf

DIE LINKE – Reinickendorf

Schloßstraße 22, 13507 Berlin
Mo. - Do. 14:00–18:00 Uhr
Di. und Do. zusätzlich 11–13 Uhr

Spandau

DIE LINKE – Spandau

Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin
Mo., Di. und Do.: 15–19 Uhr;
Mi.: 13–17 Uhr

Charlottenburg-Wilmersdorf

DIE LINKE – Charlottenburg-Wilmersdorf

Behaimstraße 17, 10585 Berlin
Mo. - Fr.: 14–18 Uhr, Do.: 11–18 Uhr

Steglitz-Zehlendorf

DIE LINKE – Steglitz-Zehlendorf

Schildhornstraße 85 A, 12163 Berlin
Mo.: 11:00–15:00 Uhr, Di.: 14:00–18:30 Uhr
Do.: 10:00–18:00 Uhr

Treptow-Köpenick

DIE LINKE – Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Di.: 10–18 Uhr, Mi.: 13–16 Uhr, Do.: 10–16
Uhr und Fr.: 10–13 Uhr

Marzahn-Hellersdorf

DIE LINKE – Marzahn-Hellersdorf

Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
Mo.: 13–17 Uhr, Di.: 10–17 Uhr, Do.: 10–18
Uhr, Fr.: 10–13 Uhr

Lichtenberg

DIE LINKE – Lichtenberg

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Mo. und Mi. 10–17 Uhr, Di u. Do. 10–20 Uhr,
Fr. 10–14 Uhr

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Thomas Barthel
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 29.03.2012

LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2012

»ENERGIEKÄMPFE« 30-jähriger Krieg? Geopolitik und Energie | Megaprojekte versus Dezentralisierung | Energierevolten in Nigeria | Landnahme und Geschlechterverhältnisse | Braunkohle, CCS und Widersprüche der LINKEN | Und noch ein Gipfel: Rio+20 | Energierevolution statt grüner Kapitalismus | Bio-Energie-Dörfer als regionale Perspektive

MIT BEITRÄGEN VON Alberto Acosta | Michael T. Klare | Ulrich Brand | Marcel Hänggi | Christa Wichterich | Ewa Charkiewicz | Rainer Land | Dagmar Enkelmann | Andrea Ypsilanti | Dieter Klein | Bodo Ramelow | Luismi Uharte | Sokari Ekine | Tazio Müller u.a.

März 2012, 160 Seiten, Einzelheft 10 €, Jahres-Abo 30 € (Ausl. 40 €),
erm. 20 €, Probe-Abo 10 €, www.zeitschrift-luxemburg.de,
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg